06. November 2023

Dietmar Woidke (SPD), Ministerpräsident in Brandenburg, im Gespräch mit Silvia Engels

Silvia Engels: Gehen wir mal einen Schritt zurück zu dem, was jetzt schon Praxis ist. Seit Mitte Oktober sind nach dem Einlenken von Bundesinnenministerin Faeser auch an der Grenze zu Polen derzeit stationäre Grenzkontrollen erlaubt. Das betrifft vor allem das Bundesland Brandenburg aufgrund einer langen gemeinsamen Grenze. Am Telefon ist nun der Ministerpräsident von Brandenburg, Dietmar Woidke von der SPD. Guten Morgen!

Dietmar Woidke: Einen wunderschönen guten Morgen.

Engels: Welche Erfahrungen haben Sie gemacht? Geht aufgrund dieser neuen Grenzkontrollen, dieser stationären Grenzkontrollen die Schleusungskriminalität bei Ihnen in Brandenburg zurück?

Woidke: Es gibt ein großes Dunkelfeld. Das heißt, wir wissen nicht hundertprozentig, wie viele Menschen nach Deutschland geschleust werden, weil ja auch nicht jedes Fahrzeug kontrolliert werden kann. Aber es ist so, dass die Aufgriffe sich deutlich reduziert haben. Wir haben einen Effekt, den wir verspüren, und die Grenzkontrollen haben erst mal was gebracht.

Engels: Ist denn umgekehrt der ganz normale berufliche Pendlerverkehr mit Polen beeinträchtigt, wie manche das gefürchtet hatten, oder passt beides doch ganz gut zusammen?

Woidke: Es funktioniert. Ich will nicht sagen, es funktioniert sehr gut, aber es funktioniert gut. Es gibt immer wieder auch Probleme, aber die bessere Variante wäre – und da wünsche ich mir auch, dass wir Gespräche mit der polnischen Regierung führen, was momentan in dieser Zwischenzeit in Polen ein bisschen schwierig ist, aber was dringend gemacht werden muss - , wenn wir diese Kontrollen schon auf polnischem Territorium durchführen würden und damit auch von der Grenze wegziehen und damit auch die Nachteile, die für die Grenzregion mit solchen Kontrollen verbunden sind, beseitigen können. Das ist ein Gespräch, das muss ge-

führt werden, und wir müssen uns insgesamt fragen, ob der Aufbau nationaler Grenzen wirklich die richtige Antwort ist, oder ob wir nicht andere Mittel und Wege finden sollten, um irreguläre Migration – um solche geht es ja – und Schleuserkriminalität zu bekämpfen.

Engels: Dann kommen wir langsam mit dem Blick nach vorne. Wir haben gerade CDU-Chef Friedrich Merz noch einmal gehört. Er fordert Kontrollzentren an den Außengrenzen der EU und er verlangt, man müsse auch zurückweisen dürfen an den Binnengrenzen. Dann sind wir genau bei dem Punkt. Wollen Sie Migranten an der Grenze von Brandenburg zurückweisen nach Polen? Sie sagen, das sollte eigentlich dort passieren. Aber nehmen wir mal an, es passiert erst mal nicht in Polen. Wollen Sie, dass an der Grenze von Brandenburg zurückgewiesen wird nach Polen mit dem Verweis darauf, Polen sei nun ein sicheres Land, wo man auch einen Asylantrag stellen könnte?

Woidke: Es war ja eine alte Rechtslage, dass jemand, der aus einem sicheren Herkunftsland kommt, der ein europäisches Land vorher durchquert hat beispielsweise, dass da Asyl beantragt werden muss, wo man zuerst den Boden der Europäischen Union betritt. Diese Grundregel ist nicht mehr in Kraft heute und das hat verschiedene Gründe. Das hat humanitäre Gründe, das hat eine ganze Reihe von Gründen. Ich will das jetzt gar nicht kritisieren im Nachhinein. Aber wir müssen dringend auch mit den europäischen Partnern reden und deswegen liegt ein Teil der Lösung unseres Problems auch auf der Ebene der Europäischen Union. Dass solche Dinge wieder möglich werden, denn es macht wenig Sinn zu sagen, ich kontrolliere und kontrolliere, und jeden, den ich finde, den schaffe ich dann ohnehin in die Erstaufnahme. Es ist schon so, dass wir hier andere Regeln brauchen, auch auf der europäischen Ebene, aber heute wird es ja nicht so sehr um die europäische Ebene gehen; heute geht es erst mal um die deutsche.

Engels: Es geht um die deutsche und genau zu diesem Punkt, dass Sie sagen, wenn jemand an der Grenze steht und weiterhin einen Asylantrag stellt, wird er in ein Aufnahmelager gebracht. Nun fordert der bayerische Ministerpräsident Söder von der CSU in der „Augsburger Allgemeinen“, man müsse gerade bei diesem Punkt der Zurückweisung an der Binnengrenze bis zu einer Debatte um die Änderung des Asylgrundgesetzartikels gehen. Wollen Sie da ran?

Woidke: Das ist eine Debatte, die ist ja sehr alt. Die wurde in den 90er-Jahren schon geführt. Ich glaube, dass wir, bevor wir über Grundgesetzänderungen reden, erst mal sehen sollten, dass die Regeln, die wir haben, umgesetzt werden.

Engels: Aber Sie schließen das nicht aus, dass man mittelfristig auch über eine Grundgesetzänderung in diesem Punkt spricht?

Woidke: Man muss sich die Vorschläge dann mal ganz in Ruhe angucken. Wir Ministerpräsidenten sind, glaube ich, im Oktober einen großen Schritt gegangen, übrigens auch gemeinsam mit Bayern. Wir haben uns auf ein gemeinsames Papier verständigt mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen, um irreguläre Migration zu bekämpfen. Dieses ist erst mal die Basis der Diskussion. Es hilft uns ja überhaupt nicht weiter, wenn jeden Tag neue Vorschläge gemacht werden, die mit niemand abgesprochen sind und die auch nicht beraten worden sind. Sondern ich würde mich freuen, wenn wir heute mit der Bundesregierung dahin kommen, dass die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom Oktober, von vor wenigen Wochen gefasst, unter anderem vom Freistaat Thüringen genauso wie vom Freistaat Bayern – der eine Ministerpräsident kommt von den Linken, der andere von der CSU -, dass wir diese Gemeinsamkeit heute ins Kanzleramt tragen. Und dann dafür sorgen, dass diese Beschlüsse, die wir uns ja nicht leichtgemacht haben - im Wesentlichen war ein Großteil der deutschen Parteienlandschaft vertreten in dieser Runde -, dass wir heute ein Zeichen der Gemeinsamkeit, aber auch ein Zeichen der Geschlossenheit aussenden. Und dass wir diese Maßnahmen, auf die wir uns geeinigt haben als Ministerpräsidenten, zunächst mal angehen. Da gibt es eine ganze Reihe von Arbeit. Die Bundesebene ist dabei. Das geht ja wirklich los von den Fragen, Bekämpfung irreguläre Migration, Grenzkontrollen, dann geht es weiter über die Frage Arbeitsaufnahme möglichst schnell, um Integration möglich zu machen und um auch diese Debatte wegzukriegen, viele kommen hier nur her, um Sozialhilfen zu kassieren. Und es geht um eine ganze Reihe weiterer Fragen, Abschiebung und so weiter und so fort, und ich glaube, da liegt ein dickes Paket heute auf dem Tisch und das sollten wir erst mal miteinander diskutieren. Dann sind wir auch offen jederzeit für neue Vorschläge, aber die müssen dann auch erst mal miteinander besprochen werden.

Engels: Greifen wir einen Punkt heraus. Sie haben es auch schon im Oktober gefordert, Asylbewerbern weniger Bargeld auszuzahlen, sondern eine elektronische Bezahlkarte/Umstellung auf Sachleistungen. Dahinter steht ja der Gedankengang, Anreize für Zuwanderung so zu reduzieren, dass sie nicht kommen – weil ein Flüchtling könne so beispielsweise weniger oder gar kein Bargeld nachhause transferieren. Sie verlangen dann auch, dass das bundeseinheitlich geregelt wird. Versprechen Sie sich, damit Deutschland als Zielland weniger attraktiv zu machen?

Woidke: Wir müssen uns erst mal die Situation anschauen. Wer kommt hierher? Wie kommen die Menschen hierher? Ein Großteil der Menschen, die bei uns hier in Brandenburg ankommen, aber die in Deutschland insgesamt ankommen, haben vorher in irgendeiner Art und Weise die „Dienstleistung“ von Schleuserorganisationen genutzt. Dieser Nutzen ist ja nicht ein humanitärer Anspruch, den die Damen und Herren haben, die die Menschen quer

durch die Welt transportieren, sondern sie wollen Geld verdienen. Der erste Punkt ist doch, es für Schleuserkriminelle weniger attraktiv zu machen, Menschen nach Deutschland zu bringen. Das ist der Punkt Nummer eins. Und es kann auch nicht sein, dass Schleuserkriminelle darüber entscheiden, wer in Deutschland Asyl bekommt und wer nicht.

Engels: Da gibt es jetzt die Grenzkontrollen. Muss man die noch ausweiten, beispielsweise um nicht die stationären Grenzkontrollen zu umgehen, oder was stellen Sie sich da vor?

Woidke: Ich stelle mir vor allen Dingen vor, dass alles, was hilft, diese Schleuserorganisationen zu finanzieren, geprüft wird und dass dagegen vorgegangen wird. Dass die Bezahlkarte hier ein Weg sein kann, bei allen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind – ich kenne die Diskussion ja auch bestens -, das liegt aber auf der Hand. Wir müssen dafür sorgen, dass das Geld, was für die Menschen zur Verfügung steht aus deutschen Sozialkassen, auch bei diesen Menschen ankommt und nicht von anderen abgeholt wird und dann in diese Organisation fließt. Die Schleuserkriminalität ist eine Form der organisierten Kriminalität, die noch dazu mindestens in einigen Bereichen klare Kontakte auch in terroristische Bereiche hinein hat. Wir müssen schon von vornherein ein großes Interesse daran haben, Schleuserkriminalität zu bekämpfen.

Der zweite Punkt – das sind dann ganz wesentliche Sachen – ist die Beschleunigung von Verfahren. Da geht es um die Verfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Das heißt Anerkennung oder nicht Anerkennung beschleunigen. Dann möglichst schnell die Verwaltungsgerichtsverfahren abschließen. Auch darüber werden wir heute sprechen. Ziel ist es, hier in Deutschland im Durchschnitt unter sechs Monate zu kommen, um dann auch wieder konsequent abzuschieben. Dieses Abschieben ist ein Thema, das immer wieder mit eine Rolle spielt, und dann ist es schwierig, aus diesen oder aus jenen Gründen. Das wissen wir alles. Aber ich bin unwahrscheinlich dankbar, dass der Bundeskanzler da höchst persönlich unterwegs ist und versucht, Migrationsabkommen mit einer ganzen Reihe von Ländern zu schließen. Und das wird uns auch helfen, legale Migration erstens zu organisieren, aber zweitens auch illegale Migration zurückzuführen und entsprechend Menschen in diese Länder auch zurückzubringen, die hier kein Asylrecht haben.

Engels: Bleiben wir noch mal beim Stichwort Sozialleistungen. Da hat CDU-Ministerpräsident Wüst aus Nordrhein-Westfalen angesprochen, man solle die Standards hier, die Flüchtlinge bekommen, an EU-Standards anpassen und, weil die in der EU meist etwas niedriger sind, auch absenken. Dann gibt es sogar FDP-Chef Lindner, der sich vorstellen kann, Sozialleistungen für Flüchtlinge auf null zu senken, wenn sie in einem anderen EU-Land eigentlich Anträge auf Unterstützung stellen könnten. Wollen Sie diesen Forderungskatalog aufnehmen?

Woidke: Wir bewegen uns da in einem Bereich, in dem es eine ganze Reihe von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts gibt. Das heißt, es ist rechtlich schon ein schwieriger Bereich. Aber wir müssen auch darüber nachdenken. Da sind wir in Brandenburg jedenfalls auch dazu bereit, um hier auch die Attraktivität zu senken. Aber noch wichtiger ist es zu zeigen, dass wir handlungsfähig sind, dass die Entscheidungen schnell fallen und dass die Entscheidungen so fallen, dass es erst zu gar keiner Belastung im deutschen Sozialsystem kommt. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir heute wirklich gemeinsam dieses Signal setzen können und dass wir heute auch zeigen, dieser Staat ist auch in schwierigen Fragen handlungsfähig, Bundesregierung und Länder agieren gemeinsam.

Engels: Das Geld wird ein Streitpunkt sein. Die Länder wollen eine zusätzliche Kopfpauschale von 10.000 oder 10.500 Euro pro Flüchtling. Der Bund steht bei 5000 Euro Pauschale. Wenn Sie dieses Geld vom Bund bekommen, sind Sie dann als Land Brandenburg offen, noch viel mehr Menschen aufzunehmen?

Woidke: Es ist nicht nur eine Frage des Geldes, aber es ist auch eine Frage des Geldes. Irreguläre Migration zu bekämpfen, hat erst mal mit dem Geld relativ wenig zu tun, aber das Geld wird gebraucht, um die heutigen Belastungen – Sie kennen die Zahlen; in diesem Jahr wird mit irgendwo zwischen 250 und 300.000 Menschen gerechnet, die zu uns kommen. Die müssen untergebracht werden, sie müssen versorgt werden, sie müssen integriert werden. Der dritte Punkt ist vielleicht noch ein ganz wesentlicher. Das kostet alles Geld und das heißt, wir brauchen hier auch eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern, eine nationale Kraftanstrengung, um den Kommunen hier diese Arbeit möglichzumachen. Viele Kommunen sind nicht nur an einer Belastungsgrenze, sondern sie sind schon darüber hinaus. Dazu kommt, dass die Amtsträger, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte, unter massivem Druck stehen. Und dass heute Entscheidungen getroffen werden müssen in einer politischen Stimmung, die völlig anders ist als die politische Stimmung noch vor acht Jahren. Wir dürfen sie nicht alleine lassen – und deswegen hoffe ich sehr, dass wir heute eine gute Entscheidung mit der Bundesregierung treffen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.